

Das „Ostjudenproblem“ im Spiegel der badischen und überregionalen Presse

Linus Maletz

„Die zunehmende Einwanderung von Ostjuden wird allmählich zu einem ernstesten Problem.“¹ Mit diesem Satz wurde im Jahr 1920 ein Artikel im *Karlsruher Tageblatt* eingeleitet. Diese Einleitung und der folgende Artikel werfen mehrere Fragen auf: Weshalb ist die Einwanderung von Ostjuden ein Problem? Wer sieht diese als Problem und worin äußert sich dieses „ernste Problem“ in deren Augen?

Die Einwanderung oder besser gesagt die Flucht osteuropäischer Juden und die Reaktionen der Deutschen auf die „lästigen Ausländer“ nach dem Ersten Weltkrieg ist ein Thema, das in vielen Bereichen Parallelen zur heutigen Flüchtlingskrise aufweist. Gerade in der Presse lassen sich zahlreiche Beispiele dafür finden, dass es, heute wie damals, vergleichbare Ängste und Vorurteile waren, die die Menschen beschäftigten. Welche Ängste und Vorurteile sich in der Presse konkret in Bezug auf osteuropäische Geflüchtete niederschlugen, soll in diesem Artikel anhand von ausgewählten Zeitungsartikeln aufgezeigt werden. Neben einem Blick in große überregionale Zeitungen liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Berichterstattung der badischen Presse. Der Untersuchungszeitraum beginnt 1919 und endet mit dem „Krisenjahr“ 1923, diese Jahre können als die Bewährungs- und Findungsjahre der jungen Republik gesehen werden. Die Nation musste sich erst wieder zusammenfinden. Die „Ostjuden“ aber sollten nicht dazugehören. Diese Aushandlungsprozesse lassen sich zum Teil in der Presse nachvollziehen. Im Mittelpunkt der Untersuchung soll jedoch die Stereotypisierung der Juden, speziell der osteuropäischen Juden stehen. Welches Bild zeichneten die verschiedenen Zeitungen der Weimarer Republik von den sogenannten Ostjuden? Reproduzierten diese die vorhandenen Stereotype oder versuchen diese zum Teil auch der weiteren Stigmatisierung entgegenzuwirken?

1 Zur Einwanderung aus dem Osten, in: *Karlsruher Tageblatt* vom 3.1.1920.

Presse in der Weimarer Republik

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts kann als Hochphase der Presse bezeichnet werden. Das gedruckte Wort war das wichtigste Informationsmedium dieser Zeit, der Rundfunk und besonders der Film befanden sich noch in den Kinderschuhen. Die technischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts waren ausschlaggebend dafür, dass Zeitungen zur Massenware werden konnten.² Der Erste Weltkrieg stellte eine Zäsur für die Presselandschaft dar: Vor Kriegsbeginn gab es circa 4.000 Zeitungen im Deutschen Reich, von denen beinahe ein Viertel nach Kriegsende nicht mehr existierte. Während der 1920er Jahre stieg die Anzahl der Zeitungen wieder und erreichte 1932 den Vorkriegsstand.³ Die Wichtigkeit der Presse in dieser Zeit zeigt sich auch in der Anzahl und Vielfalt der Zeitungen. Zu den großen überregionalen Zeitungen, die in großen Teilen des Reichs gelesen wurden, gesellte sich eine unüberschaubare Zahl an kleineren regionalen Zeitungen. Welchen Anteil kleinere Zeitungen an der gesamten deutschen Presse hatten, zeigt eine Statistik aus dem Jahresübergang 1919/1920 zur Auflagenhöhe deutscher Zeitungen. Daraus geht hervor, dass Zeitungen mit einer Auflage von bis zu 5.000 Exemplaren den größten Anteil (67,1 %) am Gesamtmarkt hatten. Zeitungen mit einer Auflage von bis zu 100.000 machten in dieser Untersuchung lediglich 1,4 Prozent aus.⁴

Im Gegensatz zu heute standen die meisten Zeitungen der Weimarer Republik entweder Parteien, politischen Verbänden oder Glaubensrichtungen nahe. Das hatte zur Folge, dass viele Redakteure in ihren Berichten nicht in erster Linie um Objektivität bemüht waren, sondern politische Standpunkte vertraten. Dies ist für die geschichtswissenschaftliche Auswertung von Vorteil, da man dadurch zum Teil auch Informationen über die politische Einstellung der Leser, also eines Teils der Bevölkerung, erhält. Nimmt man Auflagenstärke, Erscheinungshäufigkeit und -dauer hinzu, so zeichnet sich ein Bild des Einflusses bestimmter Zeitungen auf die Bevölkerung. Weiterhin geben die behandelten Themen Aufschluss darüber, was die Menschen der jeweiligen Zeit beschäftigte beziehungsweise worüber gesprochen wurde, aber auch worüber nicht gesprochen wurde.

2 Vgl. Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Konstanz 2005, S. 118-122.

3 Vgl. Wilke, Jürgen: Unter Druck gesetzt. Vier Kapitel deutscher Pressegeschichte, Köln 2002, S. 37.

4 Vgl. Dussel, Konrad: Pressebilder in der Weimarer Republik. Entgrenzung der Information, Berlin 2012, S. 34f.

Kein „Ostjudenproblem“ in Baden?

Bei der Recherche zu diesem Artikel hat sich gezeigt, dass die sogenannte „Ostjudenfrage“ oder das „Ostjudenproblem“ ein Thema war, dem sich die badische Presse – zumindest die untersuchten Zeitungen – kaum widmete, wohingegen es in Preußen und Bayern immer wieder thematisiert wurde. Baden grenzte im Gegensatz zu diesen beiden Ländern nicht an ein osteuropäisches Land, sodass hier kaum osteuropäische Geflüchtete ankamen. Auch bei der Weiterreise in die USA musste Baden nicht passiert werden, weshalb es nur selten vorkam, dass hier jemand „strandete“, wie es in Berlin, Bremen oder Hamburg häufig der Fall war. Im Januar 1920 finden sich aber auch in zwei badischen Zeitungen, dem *Karlsruher Tageblatt* und dem *Heidelberger Tageblatt* Artikel, die sich zum einen „Zur Einwanderung aus dem Osten“⁵ und zum anderen der „Unerwünschten Einwanderung von Osten“⁶ widmeten. Beide können als Reaktion auf den am 30. Dezember 1919 im *Berliner Tageblatt* erschienen Artikel „Die Zuwanderung aus dem Osten“ von Albert Einstein gesehen werden, in dem dieser eine Lanze für die einwandernden osteuropäischen Juden brach und sich für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge stark machte.⁷

Das *Karlsruher Tageblatt*, eine seit 1908 erscheinende, rechtsliberal bis deutschnational zu verortende Tageszeitung, deren Auflage bei circa 25.000 lag⁸, schrieb dazu am 3. Januar 1920:

„[...] Die zunehmende Einwanderung von Ostjuden wird allmählich zu einem ernstesten Problem. Mag man auch weit entfernt davon sein, Unglücklichen das Asylrecht verkürzen zu wollen, so darf doch nicht verkannt werden, daß ein großer Teil dieser Zuziehenden aus Leuten besteht, deren Einwanderung und Ansiedlung in Deutschland auf begründete Bedenken stößt. Mitleid mit ihnen darf nicht blind machen dagegen, daß sie großenteils zur Eingliederung in einen westeuropäischen Staat nicht geeignet sind. [...] Weiter kommt in Betracht, daß jeder Einwandernde den Arbeits- und Wohnungsmarkt belastet. Zwar begnügen sich die Ostjuden in ihrer Bedürfnislosigkeit oft mit Quartieren, die zur menschlichen Unterkunft ganz ungeeignet erscheinen, aber sie werden doch bei längerer Anwesenheit zu Wohnkonkurrenten vor allem in den billigeren Stadtgegenden. Sehr viele wenden sich dem Schleichhandel und Schiebertum zu. So befanden sich, um ein Beispiel zu nennen, unter 125 männlichen und weiblichen Schiebern, [...] etwa 80 galizische Juden. Darf man diesen hohen Prozentsatz auch nicht als Norm nehmen, so zeigt doch der Umstand, daß diese Leute auffallend hohe Geldsummen bei sich trugen, ihre gewichtige Beteiligung am illegalen Handel. [...]

5 Zur Einwanderung aus dem Osten, in: *Karlsruher Tageblatt* vom 3.1.1920.

6 Unerwünschte Einwanderung von Osten, in: *Heidelberger Tageblatt* vom 7.1.1920.

7 Siehe dazu den Artikel von Julia Schneider in diesem Band.

8 Vgl. Dussel: *Pressebilder*, S. 102-104.

Darum muß verlangt werden, daß Maßnahmen zur Steuerung der Einwanderung aus dem Osten getroffen werden, aber es ist zu fordern, daß sie der Humanität nicht entbehren.⁹

Kurz nachdem das *Karlsruher Tageblatt* diesen Artikel veröffentlichte, erschien im *Heidelberger Tageblatt*, das seit 1883 bestand, 1937 eingestellt und 1949 neu gegründet wurde, politisch konservativ eingestellt war und im Großraum Heidelberg und wenigen anderen Gebieten Nordbadens gelesen wurde, der folgende Beitrag:

„Unerwünschte Einwanderung von Osten. [...] Die Zuwanderung aus den osteuropäischen Ländern bildet, wie wir erfahren, zurzeit den Gegenstand ernsterer Beratungen der Reichs- und preussischen Staatsbehörden. Die vorhandene Wohnungs- und Ernährungsnot erfährt durch diese zum großen Teil jüdischen Einwanderer, wie nach den vorliegenden amtlichen Berichten nicht bestritten werden kann, eine ganz außerordentliche Verschärfung. [...] Ein großer Teil dieser Ostwanderer [...] entzieht sich der amtlichen Kontrolle und ist dabei auf den Bezug der Lebensmittel im Schleichhandel angewiesen, wodurch die Preise immer höher getrieben werden. In gesundheitslicher Beziehung entstehen für die Allgemeinheit aus dieser Zuwanderung die allergrößten Gefahren. [...] Ein erheblicher Teil dieser östlichen Einwanderer beschäftigt sich mit Wucherei. Es ist dabei nicht zu verwundern, daß [...] immer dringender eine schärfere Kontrolle der Grenze und die Zurückweisung solch zweifelhafter Elemente verlangt wird. [...] Als deutsche Partei verlangen wir aber, daß bei aller öffentlichen Tätigkeit obenan steht das Interesse des eigenen Volkes, das in diesem Falle zu schützen ist gegen oft zweifelhafte, auf zurückgebliebener Kulturstufe stehende fremdländische Zuwanderer [...] mögen sie auch sich zum großen oder überwiegenden Teil zum jüdischen Glauben bekennen.“¹⁰

Was bei der Gegenüberstellung der beiden Artikel sofort ins Auge fällt, ist die Wortwahl der Überschriften. Während das *Karlsruher Tageblatt* scheinbar neutral „Zur Einwanderung aus dem Osten“ berichtet, klassifiziert das *Heidelberger Tageblatt* diese schon in der Überschrift als „unerwünscht“. Auch im Artikel selbst erhalten beide Zeitungen die Tendenz, die sich in der Überschrift andeutet, aufrecht. Beide Artikel bauen auf dieselben Kernargumente auf, warum etwas gegen die Einwanderung aus dem Osten getan werden müsse. Sie führen die Arbeits- und Wohnungsnot an, aufgrund derer die osteuropäischen Einwanderer als „Wohnkonkurrenten“ zu sehen seien. Auch seien sie Schleicher und Schieber und aufgrund ihrer fremden Kultur könnten sie sich nicht integrieren. Das *Karls-*

9 Zur Einwanderung aus dem Osten, in: *Karlsruher Tageblatt* vom 3.1.1920.

10 Unerwünschte Einwanderung von Osten, in: *Heidelberger Tageblatt* vom 7.1.1920.

ruher *Tageblatt* stellt diese Argumente als auf „begründete Bedenken“ gestützt dar, weil die Einwanderung „allmählich zu einem ersten Problem“ würde. Es werden daher „Maßnahmen zur Steuerung der Einwanderung aus dem Osten“ gefordert, die aber nicht der Humanität entbehren dürften. Die Forderungen des *Heidelberger Tageblatts* hingegen sind weitaus drastischer. Man fordert schärfere Kontrollen und die Grenzschießung für solch „zweifelhafte Elemente“. Den Bedürfnissen und Nöten der Flüchtenden wird dabei keinerlei Beachtung geschenkt, sondern „die Interessen des eigenen Volkes, das [...] zu schützen“ sei sollen an oberster Stelle stehen. Formulierungen wie „außerordentliche Verschärfung“, „Preise immer höher getrieben“ und „allergrößte Gefahr“ entbehren einer sachlichen Argumentation, sondern zeichnen vielmehr das Bild einer herannahenden Katastrophe, die es abzuwenden gilt. Es stellt sich die Frage, ob sich dieses Gefühl der Bedrohung der eigenen Lebenswelt und Existenz durch die Zuwanderung aus dem Osten durch Fakten belegen lässt. Wobei dies im Grunde wieder fast obsolet wird, wenn man bedenkt, dass verspürte Ängste sich häufig nicht durch sachliche Argumentation beseitigen lassen, sondern auf subjektiver Wahrnehmung beruhen. Festzuhalten ist dennoch, dass sich Deutschland 1920 noch immer von den Folgen des Ersten Weltkriegs erholen musste und die deutsche Bevölkerung selbst Not litt. Die badischen Zeitungen berichteten in diesen Jahren beispielsweise von einer „Kartoffelnot“, die die Nahrungsknappheit noch verstärkte. Ebenso wurde regelmäßig über die Bekämpfung von vermeintlichen Schiebern und Schleichhändlern berichtet. Deren illegale Praktiken, Wertgegenstände und Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt zu handeln, führten langfristig zu Preiserhöhungen. Ob bei diesen illegalen Geschäften die osteuropäischen Geflüchteten ein Monopol hatten, kann nicht belegt werden und ist vor allem für Baden aufgrund der geringen Anzahl osteuropäischer Geflüchteter im Vergleich zu anderen Gliedstaaten eher unwahrscheinlich. Nahrungsknappheit, Wohnungsnot, steigende Preise, Auflagen des Versailler Vertrags, Inflation. Teile der Bevölkerung suchten und fanden dafür einen Sündenbock – die Juden. Dennoch stieß offener Antisemitismus in vielen Fällen auch auf Protest. So kam es ebenfalls 1920 dazu, dass die Zeitung *Badischer Beobachter* – seit 1836 das Hauptpresseorgan der katholischen Volkspartei beziehungsweise der Zentrumspartei Badens eine kleine 6 bis 8-seitige Zeitung mit einer Auflage von circa 10.000 Stück¹¹ – über ein antisemitisches Flugblatt in der Karlsruher Handelskammer berichtete:

„[...] In der letzten Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe erstattete der Kammersyndikus Dr. Krienen Bericht über ein antisemitisches Flugblatt des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Ortsgruppe Karlsruhe“ [...] Auch bezeichnet es die Kammer als in hohem Maße bedauerlich, daß durch solche Machen-

11 Vgl. Dussel: Pressebilder, S. 91f.

schaften versucht wird, den unbedingt im Interesse des Kleinhandels einheitlichen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Detailkaufleute zu beeinträchtigen. Aus diesen Erwägungen verurteilte die Handelskammer das Flugblatt auf das Entschiedenste.“¹²

Aus dieser pragmatischen Positionierung wird deutlich, dass die Ablehnung von Antisemitismus nicht nur humanitär, sondern auch klar ökonomische Gründe hatte. Ein weiteres Beispiel findet sich in der *Volkszeitung, Tageszeitung für die werktätige Bevölkerung des ganzen badischen Unterlandes, Bezirke Heidelberg bis Wertheim*, die politisch dem gemäßigt linken Spektrum zuzuordnen ist und der regionalen SPD nahestand, was sich auch aus dem Namenszusatz der Zeitung herauslesen lässt. Sie erschien seit Oktober 1919 und wurde mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 eingestellt. Diese äußerte sich bezüglich der im November 1919 stattgefundenen Gründungsfeierlichkeiten der Universität Heideberg wie folgt:

„Die Reaktion marschiert. Sie erhebt ihr Haupt frecher denn je. Die Gründungsfeier der Universität soll zu einer gemeinen Judenhetze ausgenützt werden. [...] Das gesamte Proletariat ist nicht gewillt, sich eine solche Herausforderung gefallen zu lassen. Es steht heute noch auf revolutionärem Boden und wird sich die Errungenschaften der Revolution nicht mehr aus der Hand nehmen lassen.“¹³

Es wird hier eindeutig Position gegen antisemitische Hetzreden von Studierenden und Professoren bezogen. Bei diesen beiden Auszügen handelt es sich um Einzelfunde. Jenseits solcher Einzelfunde spielte der Antisemitismus keine Rolle in der regionalen Berichterstattung. Eine Fürsprache kam in der Regel den assimilierten deutschen Juden zu Gute. Unterstützung für osteuropäische Juden ließ sich im Untersuchungszeitraum nicht finden.¹⁴

Krise und Pogrom: Das Jahr 1923 und die „Krawalle im Scheunenviertel“

Das Jahr 1923 kann als ein Krisenjahr der Weimarer Republik betrachtet werden. Die Folgen des Versailler Vertrages wurden zu Beginn des Jahres 1923 deutlich, als französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Die Reichsregierung forderte das Volk zum passiven Widerstand gegen die Besatzer auf, der mit Arbeitsniederlegung und Ungehorsam den Besatzern gegenüber verbunden war. In den folgenden Monaten kam es, neben dem passiven Widerstand, auch

12 Die Handelskammer Karlsruhe gegen antisemitische Bestrebungen, in: Badischer Beobachter vom 3.1.1920.

13 Der Aufmarsch der Reaktion in Heidelberg, in: Volkszeitung vom 22.11.1919.

14 In Teilen der deutsch-jüdischen Presse findet sich Fürsprache für die osteuropäischen Juden. Siehe dazu den Artikel von Julia Schneider in diesem Band.

zu Demonstrationen, Sabotageakten und Anschlägen gegen die Besatzer, die mit französischen Vergeltungsmaßnahmen beantwortet wurden. Da die Reichsregierung in diesem Zuge die Löhne der streikenden Arbeiter zahlte, wurde vermehrt Geld gedruckt, was wiederum die Inflation der Reichsmark beschleunigte. Die Inflation belastete die Wirtschaft des Reiches derart, dass die Regierung den sogenannten Ruhrkampf im September 1923 für beendet erklärte.¹⁵ In Bayern reagierten nationalistische Kreise auf diese Kapitulation mit starkem Protest und der Ausrufung einer „nationalen Diktatur“ unter Gustav von Kahr. Die bayerische Separationsbewegung gipfelte schließlich im November desselben Jahres im sogenannten Hitler-Putsch, bei dem Adolf Hitler die Reichsregierung für abgesetzt erklärte und versuchte von Kahr für seine Sache zu gewinnen. Seine Pläne scheiterten und der Putschversuch wurde durch die bayrische Polizei blutig beendet und Hitler zu fünf Jahren Haft verurteilt.¹⁶

Im Schatten der Krisenerscheinungen wurden zunehmend radikale antisemitische Positionen in der Öffentlichkeit vertreten. Dies spitzte sich bis Anfang November derart zu, dass es im Berliner Scheunenviertel zu Ausschreitungen und Plünderungen kam. Dort, in dem größtenteils von osteuropäischen Juden bewohnten Stadtviertel, entlud sich die Unzufriedenheit eines Teils der Berliner Bevölkerung. Sie unterschieden sich vom Rest der Bevölkerung durch die jiddische Sprache, ihr äußeres Erscheinungsbild und ihr Zusammenleben in traditionellen Familienverhältnissen mit anderen osteuropäischen Juden, was dazu führte, dass sie in vielen Bereichen aus der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt wurden.¹⁷

Als am 5. November 1923 zahlreiche Erwerbslose in Berlin darüber informiert wurden, dass sie nicht die nötige finanzielle Unterstützung bekommen würden, auf die viele von ihnen angewiesen waren, nutzten vermutlich einige rechte Agitatoren die angespannte Stimmung der enttäuschten Masse aus und verbreiteten das Gerücht, die Ostjuden seien für diese Missstände verantwortlich.¹⁸ Der Anstieg der Brotpreise in diesen Tagen verschlechterte die ohnehin angespannte Lage noch weiter. In den darauffolgenden Stunden und Tagen wurden hunderte jüdische Geschäfte geplündert und zahlreiche osteuropäische Juden eingeschüchtert, ausgeraubt, gedemütigt und verletzt.¹⁹

15 Vgl. Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2002, S. 434f.

16 Vgl. ebd., S. 444.

17 Vgl. Dirks, Christian: *Anwalt der Sündenböcke: Albert Einstein und sein Engagement für die Ostjuden*, in: *Albert Einstein. Ingenieur des Universums. Hundert Autoren für Einstein*, hrsg. v. Jürgen Renn, Weinheim 2005, S. 308-313.

18 Vgl. Kistenmacher, Olaf: *Arbeit und „jüdisches Kapital“*. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik, Bremen 2016, S. 91-94.

19 Vgl. Seul, Stephanie: *Transnational Press Discourses on German Antisemitism during the Weimar Republic. The Riots in Berlin's Scheunenviertel, 1923*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 95 (2014), H. 1, S. 91-120, hier S.102f.

Die überregional gelesene *Vossische Zeitung*, die als Verfechterin liberal-bürgerlicher Positionen galt und 1918 eine Auflagenstärke von circa 80.000 hatte, schrieb einen Tag nach den Krawallen:²⁰

„Die Ausschreitungen in Berlin.

Im Zentrum Berlins ist es gestern zu außerordentlich bedauerlichen Vorgängen gekommen. Die plötzliche und ungerechtfertigte Erhöhung des Brotpreises hatte ohnehin in der Bevölkerung großen Unwillen erregt, und dazu kam, daß anscheinend einige Berliner Erwerbslose, die von der Stadt wertbeständiges Notgeld erhalten hatten, von ‚wilden‘ Geldwechslern gewissenlos geschädigt worden waren. Die dadurch erzeugte begreifliche Mißstimmung ist nun von antisemitischen Agitatoren dazu ausgenutzt worden, die Erwerbslosen zu Gewalttätigkeiten in jenem Viertel Berlins aufzureizen, das von zahlreichen ostjüdischen Emigranten bewohnt wird.“²¹

Die Vorfälle werden von der *Vossische Zeitung* als bedauerlich bezeichnet, wobei sich dies nicht nur auf die Opfer bezieht, sondern auch auf die Täter, die wiederum bedauerliche Opfer „antisemitischer Agitatoren“ seien, von denen sie zu Handlangern gemacht worden waren. Es wird also einerseits versucht die Motive der Erwerbslosen nachvollziehen, die von „wilden Geldwechslern“ und zu hohen Brotpreisen dazu genötigt wurden, ihren Frust an jemandem auszulassen. Andererseits wird festgestellt, dass die „antisemitischen Agitatoren“ die eigentlich Schuldigen an diesen Ausschreitungen gewesen wären, da sie den Erwerbslosen gegenüber die Juden als Verursacher der Missstände dargestellt hätten. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass ein Großteil der Masse von Randalierern nicht aufgrund eigener antisemitischer Ressentiments, sondern beeinflusst von antisemitischer Hetze ihren Zorn an den osteuropäischen Juden ausließ.

Der *Völkische Beobachter* – zuvor *Münchener Beobachter* und seit 1920 das Pressorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), verbreitete sich im Lauf der 1920er Jahre im gesamten Reich und hatte eine Auflage von 30.000²² – schrieb am 7. November 1923 über die Vorkommnisse im Berliner Scheunenviertel:

„Selbsthilfe in Berlin gegen jüdische Blutsauger

Berlin, 6. November. Die Tumulte im Scheunenviertel haben sich auch in den Nachmittag- und Abendstunden fortgesetzt. Die Straßenzüge in der Umgebung des Scheunenviertels waren von einer erregten Menge gefüllt, die sich immer wieder gegen jüdisch aussehende Personen und jüdische Geschäfte wandten. An zahlreichen Stellen wurden Passanten mit jüdischem Aussehen angehalten, schwer mißhandelt und ihrer Wert-

20 Vgl. Stöber: Deutsche Pressegeschichte, S. 236f.

21 Die Ausschreitungen in Berlin, in: *Vossische Zeitung* vom 6.11.1923.

22 Vgl. Stöber: Deutsche Pressegeschichte, S. 228; 230.

gegenstände beraubt. Vielfach traten auch sogenannte „Entkleidungskommandos“ in Tätigkeit, die die Überfallenen mit größter Geschwindigkeit vom Kopf bis zu den Füßen auskleideten, um sie dann unter Johlen und Geschrei, nur mit Unterhose bekleidet, laufen zu lassen. Zahlreiche Schuhläden, Konfektions- und Tuchgeschäfte wurden ausgeplündert. In einem Falle drang die Menge sogar in eine Wohnung ein und warf die dort vorgefundenen Tuchballen auf die Straßen, wo sie sofort verteilt wurden. Die Polizei konnte trotz Einsatz stärkster Kräfte diese Vorfälle vielfach nicht verhindern. Beim Herannahen der Bereitschaftspolizei ergriff die Menge regelmäßig die Flucht und verzog sich in die dunklen Gassen des Scheunenviertels, um sich, sobald die Luft rein war, von neuem zu sammeln und das alte Treiben fortzusetzen. Bei den Überfällen ist auch eine Anzahl Personen durch Messerstiche und Schläge zum Teil recht erheblich verletzt worden. Ein blutiger Zwischenfall spielte sich in der Grenadierstraße ab. Ein Überfallener, der buchstäblich splüternackt ausgezogen worden war, flüchtete sich vor der johlenden Menge in das Geschäft eines Metzgermeisters, der ihn in Schutz nahm und den Tumultanten mit seinem Schlächterbeil entgegentrat. Im Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt. Es konnte festgestellt werden, daß die Erregung der Menge von einzelnen Personen, die von Ansammlung zu Ansammlung gingen, geschürt und anscheinend bestimmte Anweisungen gegeben wurden.²³

Schon der Titel macht deutlich, welche Ursachen die Krawalle aus Sicht der völkischen Presse hatten: Schuld seien weder der Kapitalismus noch die einzelnen Agitatoren, sondern die „jüdischen Blutsauger“ selbst. Der Begriff „Blutsauger“ zeichnet ein Bild der Juden als parasitäre Lebensform, die sich nur auf Kosten anderer, in diesem Fall des deutschen Volkes, am Leben erhalten würden. Dieses Bild vom Judentum war ein weitverbreitetes Stereotyp in völkischen Kreisen, das man ebenfalls in Hitlers 1924 geschriebenen *Mein Kampf* an vielen Stellen vorfindet.²⁴

Die Juden werden, ähnlich wie in der linksradikalen Propaganda, als Ausbeuter dargestellt und gleichzeitig entmenschlicht, da es sich bei „Blutsaugern“ entweder um Tiere oder Fabelwesen handeln müsste. Er sei demnach eine nicht-menschliche Lebensform, die sich auf Kosten des deutschen Volkes am Leben halte. Diese Diffamierung der Juden erfolgt dezent nur im Titel des Artikels, im Verlauf des Berichtes wird von direkter Hetze gegen Juden abgesehen und das Vorgehen der Randalierer rückt in den Mittelpunkt. Die „erregte Menge“ richtete sich angeblich gezielt gegen alles Jüdische und schreckte auch vor Gewalt gegen Personen nicht zurück. Der Autor des Artikels beschreibt noch weitere Demütigungen

23 Selbsthilfe gegen jüdische Blutsauger, in: Völkischer Beobachter vom 7.11.1923.

24 Hitler schrieb über „den Juden“: „Er ist und bleibt der ewige Parasit, ein Scharotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt.“ Hitler, Adolf: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem, ungekürzte Ausgabe, München 1943, S. 334.

und Übergriffe im Detail, allerdings lässt sich kein Anzeichen von Bestürzen oder Kritik in Bezug auf das Vorgehen der Randalierer finden, sodass davon auszugehen ist, dass man in völkischen Kreisen auch direkte Gewalt zumindest gegen Juden kritiklos tolerierte. Am folgenden Tag, dem 8. November, berichtet edler *Völkische Beobachter* nochmals über die Vorkommnisse und Berlin und ging nun insbesondere auf die Haltung der Regierung ein:

„Vor dem Sturm

In Berlin haben sich in den letzten Tagen eine Reihe von Unruhen abgespielt, welche deutlich zeigen, wie sehr die Zeichen heute auf Sturm stehen. [...] Wie gemeldet wird, trugen diese Ausschreitungen zum großen Teil antisemitischen Charakter, und daß dies namentlich in Berlin geschieht, ist [...] sehr verständlich, weil dort das Hebräertum gar zu deutlich in Erscheinung tritt. [...] Charakteristisch ist nun aber, daß die „deutschen“ Regierungen nicht etwa an die Wurzel des ganzen Übels gehen, um dieses ganze jüdische und jüdisch versuchte Schmarotzertum mit Stumpf und Stiel auszurotten, [...] im Gegenteil, die deutschen Regierungen untersagen denjenigen Kräften die Tätigkeit, welche gegen das Schmarotzertum aufzutreten wagen.“²⁵

Der Autor dieses Kommentars nutzte vor dem Hintergrund der turbulenten Ereignisse des Jahres 1923 die Vorfälle im Scheunenviertel, um dem Leser deutlich zu machen, wer an der schlechten Lage des Reiches schuld sei: die Regierung, die es nicht zulasse, dass das deutsche Volk sich vom „jüdischen Schmarotzertum“ befreie. Folglich sei neben der untätigen Regierung vor allem das Judentum am Elend der hungernden deutschen Bevölkerung schuld. Indirekt wird eine Warnung dahingehend ausgesprochen, dass sich auch in Zukunft solche Vorfälle wiederholen würden, wenn nichts unternommen würde. Die Regierung wird als Beschützer des Judentums dargestellt und in Hinblick auf die völkische Einstellung zur Weimarer Regierung kann davon ausgegangen werden, dass die Regierung ebenfalls als jüdisch angesehen wurde und sich selbst zu schützen versuchte. Dadurch wird ein weiteres Vorurteil Juden gegenüber deutlich: der Jude als Lenker der Regierung. Das Judentum war aus völkischer Perspektive nicht nur ein Parasit im deutschen Volk, sondern auch die bestimmende Kraft in der deutschen Politik.

25 Vor dem Sturm, in: *Völkischer Beobachter* vom 8.11.1923.

Das Scheunenviertelpogrom in der Badischen Presse

In Baden berichtete unter den untersuchten Zeitungen erstmals das *Karlsruher Tageblatt* am 5. November über die Ausschreitungen in Berlin, ein weiterer Bericht folgte am 7. November:

„Andauernde Plünderungen in Berlin.

[...] Die Plünderungen und Krawalle im Scheunenviertel lebten heute in den späten Nachmittags- und Abendstunden erneut wieder auf. [...] Zu irgendwelchen größeren Zwischenfällen ist es nichtgekommen. [...] handelt es sich bei den gestrigen Vorgängen im sogenannten Scheunenviertel weniger um antisemitische Kundgebungen als um Ausschreitungen des Pöbels.“²⁶

Im Gegensatz zu den Berichten der überregionalen Zeitungen sind die Berichte in der badischen Presse wenig detailliert, beinhalten aber dennoch eine starke Bewertung der Vorfälle. So heißt es in obigem Zitat, dass es nicht zu „irgendwelchen größeren Zwischenfällen“ gekommen sei, was zum einen der reichsweiten Berichterstattung widerspricht und zum anderen auch der Darstellung der am gleichen Tag erschienenen liberalen *Karlsruher Zeitung*. Diese schrieb:

„Die Plünderungen in Berlin haben sich fortgesetzt. Es fanden besonders starke Ausschreitungen im Scheunenviertel statt, wobei die Menge jüdische Geschäfte plünderte und Juden auf der Straße ausraubte. [...] Bis Dienstag mittag wurden 400 Personen verhaftet.“²⁷

Ebenso berichtete der *Badische Beobachter* über „Schwere Plünderungen in Berlin“ und lieferte seinen Lesern im Gegensatz zu den oben genannten sehr knappen Meldungen, angesichts der Vorkommnisse, weitere Informationen zu den Beteiligten sowie den Handlungen:

„Schwere Plünderungen in Berlin.

[...] Heute mittag gegen ein Uhr erschien [...] ein Trupp von mehreren hundert Erverbslosen-Demonstranten. [...] Wie befürchtet, haben sich aber im Laufe des Tages Plünderungen herausgestellt. Sie wurden systematisch in einer ganzen Reihe von Straßenzügen durchgeführt. Den Anstoß gab der Ueberfall auf einen Galizier²⁸ an der Ecke Münz- und Grenadierstraße. Unter Drohungen wurde er aufgefordert, seine Devisen herauszugeben. Der Ueberfallene rief um Hilfe, machte aber keine

26 Andauernde Plünderungen in Berlin, in: *Karlsruher Tageblatt* vom 7.11.1923.

27 Ebd.

28 Ist ein oft verwendetes Synonym für „Ostjude“, angelehnt an deren Herkunftsgebiet.

*Miene sein Geld den Erpressern zu geben. Nun wurde er ergriffen und buchstäblich nackt ausgezogen.*²⁹

Aus den drei genannten, kurzen Meldungen geht hervor, dass die Unruhen zwar den Anschein antisemitischer Ausschreitungen erweckten, aber dennoch wurden sie nicht explizit als solche bezeichnet. Das *Karlsruher Tageblatt* verneinte dies sogar und schrieb von „Ausschreitungen des Pöbels“. Der *Badische Beobachter* berichtete von „Erwerblosen-Demonstranten“, die zwar einen Galizier ausrauben würden, aber dass im Anschluss ausschließlich jüdische Geschäft und Menschen zum Opfer der Plünderer geworden waren, wurde verschwiegen. Die *Volkszeitung* vertrat diesbezüglich eine gegensätzliche Meinung und wertete die Ausschreitungen als antisemitischen Akt, der sogar von langer Hand geplant gewesen sei. So konnte man am 9. November 1923 in der *Volkszeitung* lesen:

„Etwas ruhiger in Berlin.

*[...] Die Plünderungen in Berlin sind am Mittwoch stark abgeflaut. Ueber 500 Verhaftungen sind in den letzten drei Unrubetagen vorgenommen worden. [...] Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es sich bei der ganzen Plünderungsaktion um ein systematisch von antisemitischer Seite vorbereitetes Unternehmen handelte. Es war kein Zufall, daß die Unruhen von dem „Scheunenviertel“, dem Berliner Ghetto ihren Ausgang nahmen. Durch die unsinnige Brotpreissteigerung wurde am Montag wurde den dunklen Elementen die Arbeit wesentlich erleichtert.“*³⁰

Diese Beispiele zeigen, dass die Art und Weise der Berichterstattung sowie die Informationen, welche an den Leser über die Berliner Vorfälle weitergegeben wurden, in der reichsweiten wie auch badischen Presse stark durch die politische Orientierung der Zeitung beeinflusst waren. Weiterhin wurde festgestellt, dass die „Ostjudenfrage“ im Allgemeinen und das Scheunenviertelpogrom 1923 zwar Erwähnung in Baden fanden, aber sie bei weitem kein Schwerpunktthema in Baden waren.

Fazit

Was lässt sich abschließend aus diesen Funden der badischen und überregionalen Presse ableiten? Aus der politisch gefärbten Presse der Weimarer Republik erfährt man viel über die Denkweise der jeweiligen politischen Richtungen. In Bezug auf Juden und „Ostjuden“ lässt sich festhalten, dass die Beschäftigung mit

29 Schwere Plünderungen in Berlin, in: *Badischer Beobachter*, 7.11.1923.

30 Etwas ruhiger in Berlin, in: *Volkszeitung* vom 9.11.1923.

diesem Thema in der badischen Presse sehr sporadisch stattfand. Das könnte damit zusammenhängen, dass man in Baden nicht in dem Maße mit dem „Ostjudenproblem“ konfrontiert war, wie es beispielsweise in Berlin der Fall gewesen ist, da es in Baden, auch geographisch bedingt, weniger ostjüdische Flüchtlinge gab. Man könnte auch vermuten, dass gerade in „schwereren Zeiten“, wie den frühen 1920er, von Regionalzeitungen die regionalen Probleme als deutlich „wichtiger“ gesehen wurden, als Probleme im weit entfernten Berlin. Vorurteile und Stereotype über „Ostjuden“ und Juden im Allgemeinen finden sich auf regionaler und überregionaler Ebene. Latenter Antisemitismus ist folglich nicht nur in überregionalen rechtsradikalen Zeitungen wie dem *Völkischen Beobachter*, sondern auch in einigen badischen Zeitungen mit unterschiedlicher politischer Einstellung zu finden. Baden war im Vergleich zu anderen Ländern des Reiches nur in geringerem Maße durch die osteuropäischen Einwanderer betroffen und hatte in den frühen Jahren der Weimarer Republik eine Vielzahl anderer Probleme zu bewältigen. Dennoch beschäftigte man sich auch innerhalb der badischen Presse, wenn auch in geringem Umfang, mit den möglichen Folgen der Einwanderung osteuropäischer Juden. Für weitere Forschungen wäre es interessant, verschiedene regionale Beiträge zum medialen Umgang mit osteuropäischen Juden in der jeweiligen Region zu analysieren und zu vergleichen. Mögliche Ergebnisse könnten Aufschluss über regionale Unterschiede in Bezug auf Einwanderung und Antisemitismus liefern.

Quellen

Zur Einwanderung aus dem Osten

Karlsruher Tageblatt, 3.1.1920

nimmt die „Frkf. Ztg.“ [Frankfurter Zeitung] mit folgenden Ausführungen Stellung: Die zunehmende Einwanderung von Ostjuden wird allmählich zu einem ernstesten Problem. Mag man auch weit entfernt davon sein, Unglücklichen das Asylrecht verkürzen zu wollen, so darf doch nicht verkannt werden, daß ein großer Teil dieser Zuziehenden aus Leuten besteht, deren Einwanderung und Ansiedlung in Deutschland auf begründete Bedenken stößt. Mitleid mit ihnen darf nicht blind machen dagegen, daß sie großenteils zur Eingliederung in einen westeuropäischen Staat nicht geeignet sind. Denn der Mangel an gewissen Hemmungen macht viele von ihnen zu unerwünschten Erscheinungen im Erwerbsleben, während andere in ihrer Heimat zu Elementen geworden sind, die jegliche Fähigkeit zur Abschätzung westlicher Lebens- und Staatsnotwen-

digkeiten verloren haben. Unter den Einwandernden befinden sich zahlreiche angebliche Deserteure und andere Leute, deren Personalien, da sie keine Ausweisungspapiere besitzen, nicht festzustellen sind. Sie finden Unterschlupf bei früher Eingewanderten, bei angeblichen Freunden oder Verwandten und verstehen es, sich durch häufigen Wohnungswechsel der polizeilichen Meldepflicht zu entziehen. Ohne Zweifel sucht ein großer Teil von ihnen die israelitischen Hilfsvereine auf, doch werden auch sehr viele alle Ursache haben, diese Vereine, zumal die der Provinz, zu meiden. Aus diesem Grunde sind die Hilfsvereine als Kontrollstellen neben den Meldeämtern durchaus unzureichend. Vielleicht werden sie manchmal in der Lage sein, die polizeilichen Meldelisten zu ergänzen oder andere erwünschte Mitteilungen zu machen, aber zur zahlenmäßigen Feststellung der Einwanderung können sie nicht den Anteil beitragen, den der (preußische) Minister des Inneren von ihnen zu erwarten scheint. Denn der Erlaß des Ministers zur Ostjudenfrage gibt den Hilfsvereinen und den israelitischen Arbeitsvermittlungsstellen in dieser Angelegenheit Kompetenzen, die nur amtlichen Stellen zustehen. Dieser Erlaß ermächtigt die Behörden, Einwanderern ohne Legitimationspapiere Pässe auszustellen (die solchen Leuten vom polnischen Konsulat verweigert werden), wenn eine bestimmte jüdische Organisation oder, wo diese fehlt, die jüdische Gemeinde die Feststellung der Personalien übernimmt. Eine zweite Bestimmung, daß vor der Ausweisung eines Zugereisten die örtliche Fürsorgeorganisation zu hören sei, damit sie die Interessen des Auszuweisenden wahrnehmen könne, erscheint ebenfalls nur geeignet, diese Organisationen in Gefühlskonflikte zu bringen, denen man sie nicht aussetzen sollte. Darüber, ob ein Eingewanderter abzuschieben sei, sollten nur die zuständigen amtlichen Stellen zu entscheiden haben.

Weiter kommt in Betracht, daß jeder Einwandernde den Arbeits- und Wohnungsmarkt belastet. Zwar begnügen sich die Ostjuden in ihrer Bedürfnislosigkeit oft mit Quartieren, die zur menschlichen Unterkunft ganz ungeeignet erscheinen, aber sie werden doch bei längerer Anwesenheit zu Wohnkonkurrenten vor allem in den billigeren Stadtgegenden. Sehr viele wenden sich dem Schleichhandel und Schiebertum zu. So befanden sich, um ein Beispiel zu nennen, unter 125 männlichen und weiblichen Schiebern, die bei einer Razzia in Frankfurt sistiert wurden, etwa 80 galizische Juden. Darf man diesen hohen Prozentsatz auch nicht als Norm nehmen, so zeigt doch der Umstand, daß diese Leute auffallend hohe Geldsummen bei sich trugen, ihre gewichtige Beteiligung am illegalen Handel. Die Hilfsvereine sind zwar bemüht, eine Auslese unter den Einwandernden zu treffen und zur Ansiedlung ungeeignete abzuschieben, aber zumeist ist dies nur ein Weiterschieben von Ort zu Ort. Anders ist auch das Vorgehen des Verbandes der Ostjuden in Berlin nicht zu nennen, der die Arbeiter aus den Zuwandernden aussondert und in die westlichen Industriebezirke sendet. Die meisten dieser Leute, das lehrt die Erfahrung, leben dort nur kurze Zeit als Arbeiter,

dann werden sie Händler und vereiteln so den Zweck der Ansiedlung. Ob die Über die Höhe der Einwanderung verschiedentlich genannten Zahlen auch nur annähernd richtig sind, wird sich wohl kaum feststellen lassen. Daß in Frankfurt, wie behauptet wird in der Zeit von zwei Wochen 9000 Angehörige östlicher Nationen zugewandert seien, wird von den zuständigen Stellen als phantastische Annahme bezeichnet. Doch wie dem auch sei, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage läßt Zuzug überhaupt als wenig erwünscht erscheinen. Darum muß verlangt werden, daß Maßnahmen zur Steuerung der Einwanderung aus dem Osten getroffen werden, aber es ist zu fordern, daß sie der Humanität nicht entbehren.

Unerwünschte Einwanderung von Osten

Heidelberger Tageblatt, 7.1.1920

Die „Demokratische Partei-Korrespondenz“ schreibt: Die Zuwanderung aus den osteuropäischen bildet, wie wir erfahren, zurzeit den Gegenstand ernsterer Beratungen der Reichs- und preußischen Staatsbehörden. Die vorhandene Wohnungs- und Ernährungsnot erfährt durch diese zum großen Teil jüdischen Einwanderer, wie nach den vorliegenden amtlichen Berichten nicht bestritten werden kann, eine ganz außerordentliche Verschärfung. Täglich laufen in Berlin allein 40 bis 50, ja 80 Meldungen von neu aus dem Osten Zugewanderten ein. Ein großer Teil dieser Ostwanderer - man schätzt sie in Berlin auf 60000 (andere Schätzungen lauten auf 12-20000) - entzieht sich der amtlichen Kontrolle und ist daher auf den Bezug der Lebensmittel im Schleichhandel angewiesen, wodurch die Preise immer höher getrieben werden. In gesundheitlicher Beziehung entstehen für die Allgemeinheit aus dieser Zuwanderung die allergrößten Gefahren. In gewissen Straßenzügen des Berliner Zentrums hausen oft 40 bis 50 Personen in einigen wenigen Räumen. Ein erheblicher Teil dieser östlichen Einwanderer beschäftigt sich mit Wucherei. Es ist daher nicht zu verwundern, daß bei den vorhandenen Nöten auf wirtschaftlichem Gebiet immer dringender eine schärfere Kontrolle der Grenze und die Zurückweisung solch zweifelhafter Elemente verlangt wird. Nur gegen solche richten sich die berechtigten Klagen, nicht aber gegen Zuwanderer, welche, mit gehörigen Ausweisen über ihre Persönlichkeit entsprechend den gegebenen Vorschriften über das Paß- und Geldwesen versehen, einem geordneten ehrlichen Berufe nachgehen.

Als Demokraten bekämpfen wir alle Bestrebungen, die Mitbürger jüdischen Glaubens, welche ihre Pflichten als Glieder des deutschen Volkes ehrlich zu erfüllen geneigt sind, in ihren politischen Rechten zu beschränken und sie als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln. Als deutsche Partei verlangen wir aber, daß bei aller öffentlichen Tätigkeit obenan steht das Interesse des eigenen Volkes, das in diesem Falle zu schützen ist gegen oft zweifelhafte, auf zu-

rückgebliebener Kulturstufe stehende fremdländische Zuwanderer, mögen sie angehören welcher Religionsgemeinschaft sie wollen, und mögen sie auch sich zum großen oder überwiegenden Teil zum jüdischen Glauben bekennen. Wo die Not des eigenen Volkes auf dem Gebiet der Wohnung, der Nahrung, der Gesundheit und der gesamten Wirtschaft in Frage kommt, dürfen wir uns nicht zurückschrecken lassen durch etwaigen Presselärm, der in Amerika oder sonstwo veranstaltet wird. Der Reichsminister des Inneren Dr. Preuß hat unter dem 21. Mai d[es] J[ahre]s eine Verordnung erlassen, nach welcher ein Ausländer, welcher der reichsgesetzlichen Verpflichtung, sich durch einen Paß oder ein anderes zugelassenes Ausweispapier über seine Person innerhalb einer bestimmten Frist auszuweisen, nicht nachkommt, mit Strafe belegt wird, die unter Umständen bis auf 1 Jahr Gefängnis lautet. Es gilt, diese Verordnung mit Schärfe durchzuführen und die Konsequenzen aus ihrer Uebertretung nach allen Richtungen hin zu ziehen. Es wird fernem nötig sein, diejenigen Ostfremden, welche Deutschland angeblich nur auf der Durchwanderung nach anderen Ländern betreten, auf ihrem Weg zu kontrollieren.“

Die Ausschreitungen in Berlin

Vossische Zeitung, 6.11.1923

Im Zentrum Berlins ist es gestern zu außerordentlich bedauerlichen Vorgängen gekommen. Die plötzliche und ungerechtfertigte Erhöhung des Brotpreises hatte ohnehin in der Bevölkerung großen Unwillen erregt, und dazu kam, daß anscheinend einige Berliner Erwerbslose, die von der Stadt wertbeständiges Notgeld erhalten hatten, von „wildem“ Geldwechslern gewissenlos geschädigt worden waren. Die dadurch erzeugte begriffliche Mißstimmung ist nun von antisemitischen Agitatoren dazu ausgenutzt worden, die Erwerbslosen zu Gewalttätigkeiten in jenem Viertel Berlins aufzureizen, das von zahlreichen ostjüdischen Emigranten bewohnt wird. [...]

Selbsthilfe in Berlin gegen jüdische Blutsauger

Völkischer Beobachter, 7.11.1923

Die Tumulte im Scheunenviertel haben sich auch in den Nachmittag- und Abendstunden fortgesetzt. Die Straßenzüge in der Umgebung des Scheunenviertels waren von einer erregten Menge gefüllt, die sich immer wieder gegen jüdisch aussehende Personen und jüdische Geschäfte wandten. An zahlreichen Stellen wurden Passanten mit jüdischem Aussehen angehalten, schwer mißhan-

Krawalle im Berliner Zentrum.

Antisemitische Ausschreitungen.

Was man im Deutschland vor dem Kriege für völlig unmöglich gehalten heilte, was unter der planmäßigen antisemitischen Hege seit 1918 sich langsam vorbereitete und in kleineren Orten, auch außerhalb des Hitlerischen Reichsbereiches, schon hier und da zum Ausbruch gekommen war, das ist gestern nun auch in der Reichshauptstadt Wirklichkeit geworden: Die Plünderungen im Scheunenviertel, über die wir bereits im Abendblatt Mitteilung machten, haben sich als euvler herausgestellt, als es zuerst schien, sie nahmen ganz offensichtlich pogromartigen Charakter an. Die Vorgänge spielten sich, soweit sich bisher überlegen läßt, folgendermaßen ab:

Am Vormittag gegen 11 Uhr stauten sich vor dem Arkadengang in der Alexanderstraße Hunderttausende von Erwerbslosen, weil es hieß, daß das Amt Unterzählungsgeelder ausgehen würde. Eine halbe Stunde später wurde jedoch mitgeteilt, daß kein Geld vorhanden sei. Der Menge bemächtigte sich eine große Erregung, und diesen Augenblick benutzten, wie einwandlos festzustellen ist, gewerkschaftliche Agitatoren, um überall herumzuerzählen, daß die in der Münz-, Dragoner- und Grenadiertruppe anstehenden „Geldlöhner“ das von der Stadt besonders zur Erwerbslosenfürsorge herausgegebene wertverhältnißige Notgeld planmäßig aufgekauft hätten. Diese Behauptung fanden Boden, und wenige Minuten später, etwa gegen zwölf Uhr mittags, begannen dann auch die Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen. Ehe die erschreckten Bewohner dieser Gegend ihre wackelnde Sicherheit konnten, drangen Heuten besonders jugendlicher Burften in die Läden und Zimmer ein, prägelten die Bewohner, sogen ihnen die Kleider vom Leibe und stießen. Dieses Treiben wurde sukzessmäßig etwa eine Stunde von Haus zu Haus fortgesetzt, ehe die Schutzpolizei alarmiert war. Jeder auf der Straße gehende jüdisch aussehende Mensch wurde von einer schreienden Menge umringt, zu Boden geschlagen und jeder Kleider beraubt. Ein besonders krasser Fall spielte sich in der Weyßstraße ab, wo man einen jungen Juden verfolgte, ihn bis aufs Hemd auszog und halb tot schlug. Er wurde schließlich in Schutzhaft genommen und aufs Polizeipräsidium transportiert.

Inzwischen waren auf Lastautomobilen bedeutende Verhaftungen der Schutzpolizei eingetroffen, die besonders gefürchtete Teile der Grenadier-, Minen- und Dragonertruppe absperrten. Gegen 2 Uhr wurde eine Anzahl von Vereten im Scheunenviertel von der Menge schwer mißhandelt. Dabei fiel ein Schuß. Einer der Beteiligten, Dr. H. B., der seine ärztliche Praxis in der bedrohten Gegend ausübt, teilt uns über seine Erlebnisse mit:

„Wer den Schuß abgegeben hat, weiß ich nicht. Nebenfalls war er das Signal für die Menge, erneut über uns herzufallen. Wir wehrten uns, so gut es ging. Ein Automobil mit einem Major und zwei Schupmannen erschien. Der Major hob auch im selben Augenblick anzu. Der Major gab aber sofort das Zeichen, weiter zu fahren, obwohl es den Beamten mit unserer Unterstützung, zu der ich mich erbot, ein Versteck gewesen wäre, Ordnung zu schaffen. Das Auto trug die Nummer IA 6108. Danach bedrängte die Menge uns verächtlich, bis ein anderer Auto mit Schupmannschaften erschien. Die Schupmannschaften schritten unter lauten Mißhandlungen schwerer Art zu unserer Befreiung. In der Kaserne in der Alexanderstraße auf dem Hofe mußten wir inmitten von ungefähr 200 Schwabbeamteten mit erhobenen Händen Auffstellung nehmen und wurden wiederum schwer mißhandelt. Wir selbst ist der Mittelhandgelenken der rechten Hand zerbrochen worden. Ich habe vier Jahre an der Front als Arzt mitgemacht, bin Schwereverwundeter, bin im Besitz des Eisernen Kreuzes II. und I. Klasse und des Sächsischen Ritterordens. Die Falschande machten auf mich nicht den Eindruck, als ob ich mich in einem Reichsstaat befände.“

Oberst Kaupisch erklärte uns auf die Frage, wie er das Verhalten der Schutzpolizei während der gestrigen Plünderungen und Krawalle im Scheunenviertel beurteilt, daß er eine antisemitische Einstellung der Schutzpolizei sowohl bei den Mannschaften wie im Offizierskorps für vollkommen ausgeschlossen halte. Der Kommandeur der gestrigen im Scheunenviertel eingetroffenen Polizeimannschaften, Major Stiede, sei als politisch liberal bekannt. Das Vorgehen der Beamten im Scheunenviertel sei durch die Eigenart der Verhältnisse sehr erschwert worden, da es sich zum Teil um Erwerbslose handelte, die über die Nachricht, daß kein Geld für sie vorhanden sei, aufgebracht erregt waren. Oberst Kaupisch hat gestern nachmittag

einen strengen Tagesbefehl an die Beamten herausgeben lassen, in dem er sie auffordert, das Gut und Leben jedes bedrängten Bürgers, gleichgültig welcher Konfession, unbedingt mit allen Mitteln zu schützen. Auf dem Plünderungen in den verschiedenen Stadtbezirken auch am gestrigen Nachmittag eher zu als abzunehmen, hat der Kommandeur außerdem den höchsten Grad der Alarmbereitschaft für die Groß-Berliner Schutzpolizei angeordnet.

Den von uns vorstehend erwähnten Fall des Arztes Dr. B. wird Oberst Kaupisch sofort aufs strengste untersuchen lassen. Der Kommandeur beabsichtigt einmal zum Schluß, daß er jede Garantie dafür übernehme, daß die Berliner Schutzpolizei von antisemitischen Störungen frei sei.

Nachts im Scheunenviertel.

Die Läden sind längst geschlossen. Vor der Zentralmarkthalle ist alles ruhig. Zwei Posten mit vorgehaltenen Rotbarren lassen niemanden durch. Auf dem Alexanderplatz selbst ist wenig zu merken. Der Menschenstrom, dunkle Gestalten, die aus allen Stadtteilen gekommen sind, zieht in die Richtung zur Alexanderkaserne, zur Münzstraße und ballt sich an der Prenzlauer Allee. Nur die Hausbewohner des abgegrenzten Gebietes werden noch Fortsetzung eines Ausweises durchgefallen.

In der Kaserne vorbei. In den Querstraßen überall eine heulende Menge. Es wird im Dunkeln geplündert. Ein Schutzmannschuß fällt an der Ecke der Dragonerstraße ist ausgerannt, die Scherben der Fensterböden liegen auf der Straße umher. Plötzlich erhebt ein Pfiff. In langer Reihe, die die Breite der ganzen Straße einnimmt, rückt ein Ruck der Schutzpolizei vor. „Straflos freilich ein Offizier ruft: „An die Häuser treten.“ Die Menge geht langsam weiter. Überall mit denselben Schreien: „Schlagt die Juden tot!“ Agitatoren haben das verunglückte Volk genau bearbeitet, daß es sich auf jene armenfellen Gestalten stürzt, die in einem zerfallenen Keller in der Dragonerstraße ihren elenden Produktenhandel betreiben. In die Grenadiertruppe wird niemand hineingelassen. Die Posten, alle mit vorgehaltenen Gewehren, treiben hart zur Weiterreise an. In der Mitte der Straße, die durch trübe Gaslaternen nur notdürftig erleuchtet ist, brennt ein helles Feuer. Um Hintergrund sieht man die Silhouette der schreienden Masse.

Es ist aufgesprächter Rosenhof, nicht Hunger, der sie zum Plündern treibt. Jedem Posten mit jüdischen Aussehen gehen sofort einige junge Burften nach, um ihn im gegebenen Augenblicke anzugreifen.

★

Die Plünderungen erstrecken sich fast auf alle Stadtteile, besonders zahlreich waren sie im Kolben und Osten, aber auch im Westen und im Zentrum kamen mehrere Fälle vor. Besonders hatten es die Plünderer auf Lebensmittelgeschäfte abgesehen, aber auch Kleinfachläden, Gasthäuser und Konditoreien wurden angegriffen und geplündert. In manchen Fällen konnten Plünderer von der Schutzschonmannschaft, darunter auch Frauen, die Annehmungen waren auch bei Anbruch der Nacht noch nicht beendet.

Völkische Agitatoren mit Ueberfallkommandos.

Zu den bereits geschilderten Plünderungen und Missetaten rechnen wir noch folgendes:

Der Geschäftsführer des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen des Nationalsozialistischen Kampfbundes jüdischen Glaubens, der sich auf die Alamedienstraße bis an den Ort der Ausschreitungen bewegen konnte, um sich über deren Umfang zu unterrichten, wurde in der Gegend der Kaiser-Wilhelm- und Birtenstraße von einem gut gekleideten völkischen Agitator, der mit einem Ueberfallkommando arbeitete, unter der Beschuldigung festgehalten: „Der Jude hat mit dem Messer gestochen!“ Entschuldigend, daß der Beschuldigte weder ein Taschennmesser noch sonst irgendeine Waffe bei sich trug, so daß diese Verurteilung als ein verbreitetes Angelegenheiten erscheint. Sofort wurde der Herr von der Menge überfallen. Man schlug mit Säcken und Hämmer auf ihn ein, während aus der Umgebung Rufe erschallen: „Nicht ihn aus, umgarnen!“ Nur dadurch entging der Ueberfall dem Tode, daß ihn ein Schutzpolizistkommando von der Menge befreite und ihn auf einem Lastauto in Sicherheit brachte. Die tiefen Verdächtigungen zeichneten sich besonders Frauen und ganz junge Leute überlassen Auslöser aus. Sie lasteten, wie man beobachten konnte, erst die Arbeitlosen an und reichten sie dann zu Tätlichkeiten und Plünderungen auf.

delt und ihrer Wertgegenstände beraubt. Vielfach traten auch sogenannte „Entkleidungskommandos“ in Tätigkeit, die die Überfallenen mit größter Geschwindigkeit vom Kopf bis zu den Füßen auskleideten, um sie dann unter Johlen und Geschrei, nur mit Unterhose bekleidet, laufen zu lassen. Zahlreiche Schuhläden, Konfektions- und Tuchgeschäfte wurden ausgeplündert. In einem Falle drang die Menge sogar in eine Wohnung ein und warf die dort vorgefundenen Tuchballen auf die Straßen, wo sie sofort verteilt wurden. Die Polizei konnte trotz Einsatz stärkster Kräfte diese Vorfälle vielfach nicht verhindern. Beim Herannahen der Bereitschaftspolizeiautos ergriff die Menge regelmäßig die Flucht und verzog sich in die dunklen Gassen des Scheunenviertels, um sich, sobald die Luft rein war, von neuem zu sammeln und das alte Treiben fortzusetzen.

Bei den Überfällen ist auch eine Anzahl Personen durch Messerstiche und Schläge zum Teil recht erheblich verletzt worden. Ein blutiger Zwischenfall spielte sich in der Grenadierstraße ab. Ein Überfallener, der buchstäblich splitternackt ausgezogen worden war, flüchtete sich vor der johlenden Menge in das Geschäft eines Metzgermeisters, der ihn in Schutz nahm und den Tumultanten mit seinem Schlächterbeil entgegentrat. Im Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt. Es konnte festgestellt werden, daß die Erregung der Menge von einzelnen Personen, die von Ansammlung zu Ansammlung gingen, geschürt und anscheinend bestimmte Anweisungen gegeben wurden.